



peace brigades international

Jahresbericht 2020





Natalia BARRET...



Teresa Fernánd...



Helena Maleno



Rocío Eslava



Jean-Pierre Bou



Mar Saiz PBI



Graciela Rodrig...



Gautier MIGNOT



Camila Aviña/D...



Raúl Sánchez



Luisa Ragher



Rodolfo Osorio / D...



Valeria Geremia



DGVOSE



Andre Rizzo



Moníca Vargas (...



Juan Eduardo H...



Raul Saavedra (...



elisadiazgras



Raphael Warolin

Liebe Spender:innen, liebe Freund:innen,

2020 hatte es in sich: Die Corona-Pandemie stellte sowohl das Team in der pbi-Geschäftsstelle in Hamburg als auch unsere Ehrenmatischen in den Regionalgruppen sowie die Einsatzstellen in unseren Projektländern vor neue, unerwartete Herausforderungen. Freiwillige und Fachkräfte mussten zum Teil aus den Ländern ausgeflogen, Veranstaltungen abgesagt und neue digitale Prozesse entwickelt werden.

Es gab und gibt viel zu tun, denn die anhaltende Corona-Krise verschärft weiterhin die Bedingungen in unseren Projektländern. Es treten vermehrt Menschenrechtsverletzungen auf und Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV) können nur erschwert ihre Arbeit ausüben. Wie sich die Pandemie in Kolumbien, Mexiko, Honduras, Guatemala, Costa Rica (Nicaragua) sowie Kenia, Indonesien und Nepal auswirkt, können Sie auf den nachfolgenden Seiten lesen. Oder Sie können sich auf unserer Website ausführlicher informieren: www.pbi-deutschland.de/aktuelles/corona



Auch dieses Jahr, 2021, wird uns vor neue Herausforderungen stellen, denen wir gemeinsam mit Menschenrechtsverteidiger:innen mutig begegnen möchten. Wir bedanken uns von Herzen bei Ihnen, unseren Unterstützer:innen, denn Sie machen es mit Ihrem Engagement und Ihrer Spende möglich, dass wir unsere Arbeit für die Menschenrechte realisieren können. Wir wünschen Ihnen sowie allen

Menschenrechtsverteidiger:innen trotz aller Widerstände ein friedliches Jahr.

Herzliche Grüße und Vielen Dank

Michaela Stemplinger

Michaela Stemplinger
Vorstand pbi Deutschland



Kolumbienprojekt

► **2020 war ein weiteres schwieriges Jahr für die Menschenrechte in Kolumbien.** Von März bis September befand sich das Land wegen der Corona-Pandemie in einem strengen Lockdown. Dies bedeutete, dass Menschenrechtsverteidiger:innen nicht mehr in die Regionen fahren konnten, um Missstände zu überprüfen oder um mit den Menschen vor Ort zu arbeiten – auch die physische Schutzbegleitung durch pbi war nicht möglich.

Vier Jahre nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillabewegung FARC ist dessen Umsetzung gefährdet und bewaffnete Akteure sind weiterhin aktiv. Aus der Zivilgesellschaft wurde die Forderung eines Waffenstillstandes laut.

Statt darauf einzugehen, ging die Gewalt

auch während des Lockdowns weiter, so stieg die Zahl der Ermordungen von MRV weiter an.

Anfang Mai wurde zudem über erneute Fälle von illegaler staatlicher Überwachung von Oppositionellen, Anwält:innen und Aktivist:innen berichtet. Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist die zunehmende Gewalt bei Protesten, unter anderem gegen die Regierung und Polizeigewalt, wodurch bereits mehrere Menschen getötet wurden.

Begleitete Organisationen (Auswahl)

Menschenrechte

- Friedensgemeinde San Jose de Apartado
- CIJP - Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden

Überwindung der Straflosigkeit

- CREDHOS - Regionale Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte
- CCAJAR - Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo
- COS-PACC - Soziale Vereinigung für Beratung und Befähigung von Gemeinschaften
- FCSPP - Solidaritätskomitee für politische Gefangene
- CJL - Anwaltskollektiv „Corporación Jurídica Libertad“
- CCALCP - Anwaltskollektiv Luis Carlos Pérez
- Claudia Julieta Duque (Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin)
- Jorge Molano - Anwalt und Menschenrechtsverteidiger Red de Defensores y Defensoras de Derechos Humanos
- Movice - Nationale Staatsopferbewegung
- FNEB - Stiftung Nydia Érika Bautista

Ökonomische Interessen

- ACVC - Bauernvereinigung aus dem Tal des Cimitarra-Flusses
- NOMADESC - Verein für soziale Forschung und Aktion

Mexikoprojekt

▶ Seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren hat sich die Menschenrechtslage eindeutig verbessert, wobei auch die Anzahl an Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen deutlich gesunken ist. Gleichwohl sind die Einschätzungen der mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zwiespältig, da die meist von Sicherheitskräften (Polizei, Militär) begangenen Menschenrechtsverletzungen weiterhin nicht geahndet werden. Die Straflosigkeit bleibt ein endemisches Problem in Mexiko. Darüber hinaus setzt die Regierung gleich ihrer Vorgänger auf eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit.

Verteidiger:innen von Land und Umwelt, unter ihnen auch die Vertreter:innen indigener Völker, gehören zur gefährdetsten Gruppe von MRV. Sie wehren sich gegen die Auswirkungen des Baus von Windkraftanlagen, Staudämmen und Gasleitungen, die Umweltschäden verursachen und ihre Existenz bedrohen. Trotz der deutlichen Verbesserung der Menschenrechtslage ist in Mexiko eine Zu-

nahme an Übergriffen und polizeilicher Gewalt bei friedlichen öffentlichen Protestaktionen zu beobachten. Dazu gehören auch Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, welche in Mexiko sehr ausgeprägt ist.

Begleitete Organisationen (Auswahl)

Menschenrechte

- ▶ Tlachinollan - Menschenrechts- und Rechtshilfeszentrum in Guerrero
- ▶ Menschenrechtszentrum Paso del Norte
- ▶ Diözesanzentrum für Menschenrechte - „Fray Juan de Larios“

Überwindung der Straflosigkeit

- ▶ CODIGO-DH - Komitee der Verteidigung der Menschenrechte
- ▶ AFADEM - Organisation Angehöriger von Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko



Frauen- und Gleichstellungsbewegungen, Marginalisierte Gruppen

- ▶ Migrant:innenherberge Saltillo

Weitere Organisationen

- ▶ Familienorganisation „Pastas de Conchos“
- ▶ EDUCA - Alternative Bildung
- ▶ Consorcio - Konsortium für parlamentarischen Dialog und Gleichberechtigung



Guatemalaprojekt

► Nachdem die ehemalige guatemalteckische Regierung Anfang 2019 das Mandat der von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit einseitig beendet hat, ist im Land ein rasanter Abbau von Rechtsstaatlichkeit zu beobachten. Daran hat auch der Regierungswechsel zu Beginn des letzten Jahres nichts geändert. Angehörige des Justizwesens, die gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen vorgehen, werden diffamiert und des Amtes enthoben. Zudem werden Gesetze entworfen, die darauf abzielen, den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft einzuschränken und unter stärkere staatliche Kontrolle zu bringen. Der Verabschiedung eines NGO-Gesetzes

ist das Verfassungsgericht entgegengetreten; dazu hat die Regierung bislang noch keinen Neuentwurf vorgelegt.

Die aufgrund der Corona-Pandemie verordneten Restriktionen bergen die Gefahr in sich, zusätzlich zur Verletzung grundlegender Bürgerrechte, wie die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, beizutragen. So hat auch die Anzahl von Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen 2020 zugenommen, insbesondere in ländlichen Gebieten. Ein besonders drastischer Anstieg ist in Fällen von Kriminalisierung, das heißt willkürlicher strafrechtlicher Verfolgung von MRV:innen, zu beobachten.

Begleitete Organisationen (Auswahl)

Überwindung der Straflosigkeit

- Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila und die Anwaltskanzlei für Menschenrechte BDH
- AVECHAV

Landrechte

- Rat der Gemeinden von Cunén (CCC)
- UVOC - Union der Bauernorganisationen von Verapaz
- CCDA - Comité Campesino del Altiplan de las Verapaces
- Multisectorial de Chinautla

Umweltschutz und Ressourcen

- CCCND - Zentrale Bauernorganisation „Chorti Nuevo Día“
- TZ’KAT - Red de Sanadoras Ancestrales del Feminismo Comunitario desde Ixmulew
- Gemeinden im friedlichen Widerstand La Puya
- Gemeinden im friedlichen Widerstand La Laguna
- Gemeinden im friedlichen Widerstand Cahabón

Hondurasprojekt

► Die Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung in Honduras und die Lage der Menschenrechte und ihrer Verteidiger:innen machen sich auf verschiedenen Ebenen bemerkbar. Bäuer:innen, die von ihren Häusern zu ihren Feldern zum Teil weite Wege zurücklegen müssen, werden immer wieder von Polizei und Militär wegen der verhängten Ausgangssperre festgehalten. LGBTQIA+-Personen sind seit den Pandemie-Restriktionen einem noch größeren Risiko ausgesetzt: Gerade Transfrauen, für die Sexarbeit aufgrund von

Diskriminierung eine der sehr wenigen Möglichkeiten ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, müssen die Ausgangssperre brechen und riskieren, verhaftet oder Opfer von Gewalt zu werden. Seit Beginn der Pandemie in Honduras gab es 23 Angriffe gegen Journalist:innen, die den Staat für seine Maßnahmen kritisierten. Viele Menschenrechtsorganisationen berichten, dass der honduranische Staat die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger:innen erschwert, indem er ihnen keine Passierscheine ausstellt.

Begleitete Organisationen

- Arcorís
- Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH)
- Centro Hondureño de Promoción para el Desarrollo Comunitario (CEHPRODEC)
- Asociación de Defensa de los Bienes Comunes de Quimistán (ASODEBICOQ)
- Dina Meza (Leiterin der Asociación por la Democracia y los Derechos Humanos de Honduras / ASOPODEHU)
- Central Nacional de Trabajadores del Campo (CNTC)



Nicaraguaprojekt

► Anfang 2020 eröffnete pbi ein neues Projekt in Costa Rica, das Nicaraguaner:innen im Exil unterstützt, die aufgrund der eskalierenden politischen Gewalt gezwungen waren, ihr Land zu verlassen. In der Hoffnung, nach einer Verbesserung der Bedingungen nach Nicaragua zurückzukehren, unterhalten sie weiter Verbindungen zu nicaraguanischen Menschenrechtsbewegungen.

Die Unruhen in Nicaragua begannen im April 2018, als die Regierung von Präsident Ortega eine kontroverse Änderung der Sozialversicherung einführte. Dies löste eine Welle von Protesten aus, die die Regierung gewaltsam niederschlug. Tausende Personen wurden verletzt, hunderte unrechtmäßig festgehalten, verurteilt, gefoltert oder gar umgebracht. Seit Beginn der Krise flohen bereits mehr als 110.000 Personen aus Nicaragua, die Mehrzahl davon ins Nachbarland Costa Rica.

Das pbi-Projekt thematisiert die psychischen Folgen von Vertreibung, fördert den Aufbau von Netzwerken unter den geflüchteten Aktivist:innen im Exil und bietet Sicherheitsworkshops für diese an.



Keniaprojekt

► Seit Beginn der Corona-Pandemie gelten in Kenia verschärfte Ausgangsbeschränkungen. Die Durchsetzung der Maßnahmen ging oft mit unverhältnismäßiger Polizeigewalt einher. Insbesondere in den informellen Siedlungen Nairobis erhöhten sich die Fälle außergerichtlicher Tötungen.

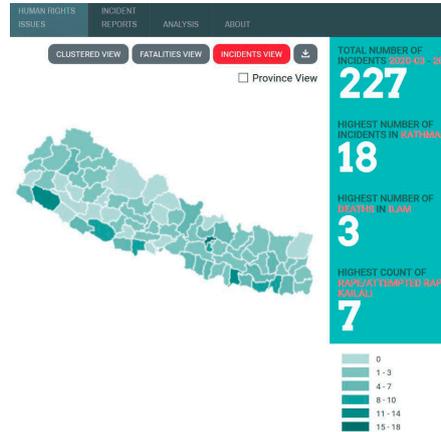
Im Februar 2020 fand ein Besuch der UN-Sonderberichtserstellerin für außergerichtliche Tötungen, Agnés Callamard, statt. Dieser Besuch erhöhte nicht nur die Sichtbarkeit der MRV, sondern führte auch zu einer Reihe von Advocacytätigkeiten und Vernetzungen zwischen den MRV und der internationalen Gemeinschaft.

Darüber hinaus unterstützt pbi weiterhin die „Toolkit Organiser“, eine Gruppe von 15 MRV, die sich u.a. gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt einsetzen. In Kenia stiegen die Fälle von Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Pandemie an. Die Betroffenen konnten oft keine Unterstützung aufsuchen, da offizielle Stellen aufgrund der Pandemie schließen mussten. Der unermüdliche Einsatz der Toolkit Organiser war daher umso bedeutsamer und verdeutlicht abermals, wie wichtig die Unterstützung von MRV und Zivilgesellschaft ist.

Nepalprojekt

► Die andauernde Corona-Pandemie prägt das gesellschaftspolitische Leben auch in Nepal massiv. Besorgniserregend ist, dass die Pandemie und die mit ihr in Verbindung stehenden Maßnahmen zu einer weiteren Verschärfung der Menschenrechtslage führen, insbesondere für benachteiligte Gruppen. Das Team des NepalMonitor-Projekts darf trotz der immensen Herausforderungen, die das vergangene Jahr stellte, auf bemerkenswerte Erfolge zurückblicken. So konnten sowohl unser Projektpartner COCAP, als auch das Nepal-Dialogforum, in dem pbi Mitglied ist, jeweils mit einem Bericht an dem aktuellen Universal Periodic Review teilnehmen und damit unter der Schirmherrschaft des UN-Menschenrechtsrats dazu beitragen, die Menschenrechtssituation in Nepal zu verbessern.

Im Bereich der Trainings für Menschenrechtsverteidiger:innen war es dem Team möglich, das Angebot zunächst über digitale Kanäle, später im Jahr auch wieder im Rahmen von Präsenzveranstaltungen kontinuierlich anzubieten, um die unersetzbare Arbeit von MRV auch in dieser Zeit zu unterstützen. Weiterhin veröffentlichte das Team regelmäßig Analysen und Trendberichte, auch zu den Einflüssen der Pandemie.



Indonesienprojekt

► Im Schatten der Corona-Pandemie wurden 70 Gesetze verabschiedet oder geändert sowie Menschen- und Bürgerrechte weiter eingeschränkt. Nachdem Proteste zu den Gesetzesvorhaben wegen der Pandemie unmöglich wurden, sind Änderungen verabschiedet worden, die Umweltstandards und Arbeitsrechte untergraben sowie die Kompetenzen der erfolgreichen Anti-Korruptionsbehörde beschneiden.

Die zweite Amtszeit von Präsident Joko Widodo hat die Erwartungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Beendigung der Gewalt in Westpapua enttäuscht. Religiöse Minderheiten sind heute weniger vor Gewalt und Einschüchterung geschützt als zuvor. In Westpapua befinden sich tausende Indigene auf der Flucht vor Militäroperationen ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Der Zugang für Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Journalist:innen wird weiterhin verwehrt. Demonstrationen indigener Papuas werden von den Sicherheitskräften häufig mit Gewalt unterbunden und indigene MRV oft wegen Landesverrat angeklagt. MR-Die Partnerorganisationen von pbi können den vielen Anfragen nach Sicherheits- und Advocacytrainings von indonesischen Umwelt- und MR-Aktivist:innen kaum nachkommen.

Aktivitäten in Deutschland

► 2020 konnten viele geplante Veranstaltungen und Seminare wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Doch einen Lichtblick gab es: Im Sommer wurde das Festival „Human Rights on the Move“ in Hamburg ausgerichtet. Austausch, Vernetzung und Diskussion wurden unter freiem Himmel ermöglicht. Die Umstellung auf digitale Formate stellte uns vor neue Aufgaben. Welches Tool wählen, wie die Veranstaltung gelingen moderieren und durchführen?

Doch aus Herausforderungen entstehen auch Chancen. So organisierten wir im Rahmen der LateinamerikaTage 2020 zwei digitale Seminare. Die Videokonferenz mit Menschenrechtsaktivist:in Jacob* Ellis Williams ermöglichte Interessierten einen detaillierten Einblick in Ihr* Wirken in Costa Rica (Nicaragua), insbesondere in der LGBTIQ+-Exilgemeinschaft.



Mieke Wolter, ehemals Freiwillige in Honduras, berichtete im zweiten Vortrag über die Fragestellung „Wem gehört das Land? - Landrechte in Honduras“ und erzählte eindrücklich von ihren Begleiteinsätzen vor Ort.

Weitere Informationen zu unseren Aktivitäten in den Projektländern und in Deutschland finden Sie auf unserer Website www.pbi-deutschland.de

Ausgaben insgesamt

1.464.104,89 €



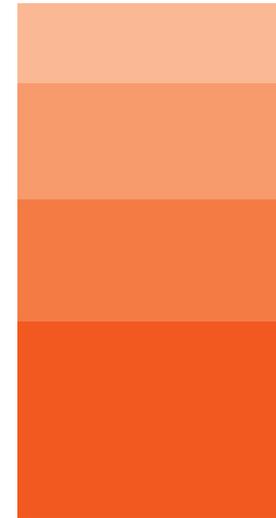
478.762,19 €



Gesamt: 1.942.867,08 €

- Auslandsprojekte
- Inland

Ausgaben Inland



Gesamt: 478.762,19 €

- 183.622,41 € Projektbegleitung
- 112.078,54 € Verwaltung
- 109.110,14 € Bildungsarbeit
- 73.951,10 € Öffentlichkeitsarbeit



Raumkosten (gesamt)	- 18.701,96 €
davon Miete für Büroräume	- 17.280,00 €
davon Gas, Strom, Wasser	- 1.421,96 €
Versicherungen/ Beiträge (gesamt)	- 6.992,45 €
davon Versicherungen	- 512,37 €
davon Beiträge	- 6.429,91 €
davon Gebühren und sonstige Abgaben	- 50,17 €
Reisekosten (gesamt)	- 7.594,02 €
davon Reisekosten - Unterkunft	- 336,00 €
davon Reisekosten - Fahrtkosten	- 7.126,02 €
davon Reisekosten - Verpflegung	- 84,00 €
davon Reisekosten - Sonstige Kosten	- 48,00 €
Werbekosten (gesamt)	- 2.116,69 €
davon Werbekosten	- 437,43 €
davon Verpflegung / Bewirtung	- 1.679,26 €





Weitergabe an internationale Projekte (außer ZFD)	- 91.900,00 €
Kosten ZFD Maßnahmen (gesamt)	- 1.339.729,33 €
Kosten ZFD Maßnahmen in den Projekten	- 430.759,40 €
Kosten ZFD Maßnahmen Brot f. d. Welt	- 909.032,93 €
Reparaturen, Instandhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 80,00 €
Verwaltungskosten (gesamt)	- 42.312,66 €
davon Support von Hard- und Software	- 2.569,27 €
davon Fremdleistungen/Fremdarbeiten	- 847,80 €
davon Porto / Versand	- 7.660,39 €
davon Telefon / Fax / Internet	- 2.119,06 €
davon Bürobedarf/Computerzubehör	- 2.050,58 €
davon Abschluss- und Prüfungskosten	- 3.000,00 €
davon Buchführungskosten	- 22.980,00 €
davon Nebenkosten des Geldverkehrs	- 761,87 €
davon Sonstige Kosten	- 323,69 €





Sonstige Sachkosten (gesamt)	- 5.605,35 €
davon Raummieten	- 160,00 €
davon Teilnahmegebühren (Ausgabe)	- 240,00 €
davon Druckkosten	- 5.015,38 €
davon Materialien / Didaktisches Material	- 189,97 €
Sonstige Kosten (gesamt)	- 69,68 €
davon Rundungsdifferenzen / Ausbuchungen	- 0,32 €
davon Periodenfremde Aufwendungen	- 70,00 €

Summe Betriebsergebnis	+ 32.867,55 €
------------------------	---------------



Geldgeber und Förderer im Jahr 2020

► Wir bedanken uns bei allen Geldgebern und Förderern sowie Spender:innen ohne deren Unterstützung die Arbeit von pbi-Deutscher Zweig e.V. nicht möglich gewesen wäre. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei all den Menschen, die durch ihr ehrenamtlichen Engagement und ihren Enthusiasmus pbi erst so lebendig und erfolgreich gemacht haben.

► ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

► Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

Brot
für die Welt

► ZFD (Ziviler Friedensdienst) mit Mitteln des BMZ



Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

► Katholischer Fonds



► Misereor

MISEREOR
IHR HILFSWERK

► ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Förderprogramm zivik, mit Mitteln des Auswärtigen Amts

ifa



Auswärtiges Amt

Institut für Auslands-
beziehungen e. V.

► Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Kirche



► Evangelische Kirche in Deutschland



► Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden



► BIngo! Die Umweltlotterie



► Kinder- und Jugendplan des Bundes (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

► Deutsche Postcode Lotterie



Impressum

- peace brigades international –
Deutscher Zweig e.V.,
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
- Tel. 040 / 3 89 04 37 – 0
- Fax 040 / 3 89 04 37 – 29
- www.pbi-deutschland.de
- info@pbi-deutschland.de
- V.i.S.d.P.: Kristin Menzel